



An den Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses

Herrn
Dr. Ralph Heinen

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 11.04.2013

AN/0485/2013

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	12.04.2013

Änderungsantrag zur Vorlage 0735/2013 - Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2013/2014 sowie der Finanzplanung bis 2017 - in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12. 04. 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Dr. Heinen,

die CDU-Fraktion bittet Sie, nachfolgenden Änderungsantrag zur Vorlage 0735/2013 - Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2013/2014 sowie der Finanzplanung bis 2017 – auf die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu setzen:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, auf den Beschluss des Konsolidierungsvorschlages „Übermittagsbetreuung Sek. I – Reduzierung des Standards“ (Anlage 6) zu verzichten.

Des Weiteren empfiehlt er dem Rat, die im Finanzausschuss am 12.04.2013 beratene Aufstockung von OGTS-Plätzen zu beschließen und auf die Streichung der Mittagspause Plus und die Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils für die Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2013/2014 um 5 % zu verzichten.

Eine Kompensation der nicht zu realisierenden Einsparungen erfolgt durch den Wegfall der 6-monatigen Elternbeitragsbefreiung im Kindergarten, die auf freiwilliger Basis in Höhe von rund 3,6 Millionen Euro von der Stadt Köln geleistet wird. Die vom Land NRW gesetzlich zugesicherte Beitragsbefreiung ab dem dritten Kindergartenjahr bleibt unverändert bestehen.

Begründung:

Das Angebot der U3- und Ü3-Betreuung ermöglicht jungen Eltern einen schnellen beruflichen Wiedereinstieg. Sie müssen sich aber über das Ende der Kindergartenzeit hinaus darauf verlassen können, dass ihr Kind gut aufgehoben ist. Wenn die Stadt keine bedarfsgerechten Angebote der Übermittagsbetreuung schafft, macht sie eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern insbesondere von Grundschulern unmöglich.

Ein Erhalt der vorhandenen Angebote und eine Aufstockung der OGTS-Plätze ist unverzichtbar. Einen Finanzierungsvorschlag liefert der Jugendelternamtsbeirat Köln in einem Brief: „(...) Daher machen wir auf die Möglichkeit aufmerksam, die im vergangenen Jahr eingeführte Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung in den letzten anderthalb Kindergartenjahren bei der vom Land NRW gesetzlich zugesicherten Zeit von einem Jahr zu belassen und das halbe zusätzliche Jahr in Köln temporär wieder zurückzunehmen. Diese Mittel können dann in die Kinder- und Jugendarbeit bzw. konkret in die Sicherung des offenen Ganztags gesteckt werden.“

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer